

beflecken, sachte von der politischen Ebene auf die juristische zu schieben, wo man ihn ruhig dem klaglosen Funktionieren einer wohlbekanntes Maschinerie überlassen konnte. Dieses vorsichtige Verhalten brachte dieser Partei, die auch weiterhin als „republikanisch“ angesehen werden will, gemeinsam mit Dr. Habsburg einen juristischen Erfolg, dürfte aber letzten Endes sich politisch eher ungünstig auswirken. Denn die simplifizierende Gleichung „Otto = OVP“ läßt sich, ohne treue Anhänger zu kränken, schwer auf wirksame Weise widerlegen, und die vielen gemeinsamen SP- und KP-Aktionen in den Betrieben wie auch die seltene Einmütigkeit dieser Fraktionen im

Gewerkschaftsbund müßten jenen zu denken geben, die Dr. Habsburg als Sammelpunkt für „Kalte Krieger“, für Gegner der Neutralität und der Koexistenz, für Verfechter einer Aggression gegen Österreichs Nachbarstaaten, als Fahne der Reaktion verwenden wollen.

Denn außer der juristischen, der persönlichen, der innenpolitischen hat diese Rückkehr auch eine außenpolitische Seite. Hier sei nur kurz auf die Stellungnahmen der Zeitungen „Borba“, „Népszabadság“, Lidové Noviny“ und „Prawda“ verwiesen; eine genauere Betrachtung dieser Seite der Affäre ist vielleicht in einem späteren Artikel möglich.

Dr. Friedrich Kollmann, Wien

Die Lage

Johannes Weidenheim

Nach Kennedys Besuch

I.

In der Rückschau ein ereignisreicher Monat, dieser Juni 1963 in der Bundesrepublik: Zuerst der Reihe nach die berühmt-berüchtigten Jahrestreffen der drei größten „ostdeutschen Landsmannschaften“ (wobei, wie immer, verständliche und ehrenhafte Heimatgefühle der Menschen in bramarbasierende, gefährliche politische Phrasen umgemünzt wurden und es bei einem um ein Haar zu Tötlichkeiten aufgeputschter schlesischer Chauvinisten gegen einen demokratischen Journalisten gekommen wäre), dann der 17. Juni mit seiner im letzten Moment durch den Bundespräsidenten zur Überraschung aller vollzogenen Umbenennung aus „Tag der Einheit“ in „Nationaler Gedenktag“ (welchen Unterschied niemand so recht zu kapieren vermochte — was allerdings den Millionen, die diesen zusätzlichen Feiertag auch weiterhin zu Erholung und Vergnügen benutzen werden, gleichgültig ist), und schließlich Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Als John F. Kennedy auf deutschem Boden landete, hatte man jene seine große Rede vom 10. Juni vor der „American University“ in Washington in frischer Erinnerung, die man getrost eine Friedensrede^{*)} nennen kann, hauchte sie doch nicht nur etwas vom Geiste Papst Johannes' XXIII., sondern auch schon ein Weniges

^{*)} Wortlaut s. im Dokumentationsteil

vom Atem Nikita Chrustschows, — und das ist doch gewiß der erste Umriss des Friedens, wenn der Feind des Feindes Sprache anzunehmen beginnt (was man auch bei Chrustschow schon registrieren konnte). Von welchem geistigen Zuschnitt dieser energiegelasse junge Mann ist — Mischung aus Sportsmann und Intellektuellem, verwöhntem Sprößling aus reichem Hause und leidendem Grübler —, zeigt seine Ansicht von der Möglichkeit, auf Erden für immer Frieden zu schaffen:

„Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden. Und die Größe, die der menschliche Geist erreichen kann, bestimmt der Mensch selbst. Kein Schicksalsproblem der Menschheit liegt außerhalb der Reichweite des Menschen . . .“

Dergleichen sagen sonst eigentlich nur Sozialisten. Bei uns jedenfalls bekommt man von vergleichbarer Plattform solche Bekenntnisse zur Unteilbarkeit und Weite der menschlichen Würde nicht zu hören, bei uns stoßen sich die Regungen des Menschen gar bald an der Mauer des „Schicksals“ wund (Hitler nannte das „Vorsehung“, gemeint war das gleiche), bei uns ist Krieg immer noch etwas „Elementares“, nicht etwas von Menschen Angezetteltes: dieser Präsident, obwohl ebenfalls katholisch, ist von ganz anderem Schlag als Heinrich Lübke oder Konrad Adenauer (die mit ihm in etwa noch vergleichbaren bundesrepublikanischen Spitzenpolitiker evangelischer Konfession sind nicht ausgenommen): Frische des Gedankens, ja überhaupt Liebe zum Gedanken zeichnet ihn aus; die Welt ist für ihn kein Zustand, sondern ein Prozeß; er ist der lebendige Beweis für seine eigene Entwicklung, und er traut auch anderen Entwicklungen zu, nicht zuletzt seinen Gegnern. Er zählt zu den wenigen unorthodoxen — und allein schon deshalb sympathischen — Herrschern dieser Welt.

Spürten unsere Massen das? Jedenfalls jubelten sie ihm zu und huldigten dem mit Gesten so Sparsamen stärker als seinerzeit dem Magier Charles de Gaulle — und dies, obwohl sich doch spätestens seit dem 13. August 1961 bei uns eine zunehmende antiamerikanische Stimmung breitgemacht hatte, angefacht und geschürt von jenen, die es den „Ami's“ bis heute nicht vergessen haben, daß sie beim Bau der Mauer die Zuschauer spielten. Kennedy hatte das nicht zu entgelten; er erfuhr Ovationen in einem Ausmaß, daß einem der eigene alte Bundeskanzler an seiner Seite leid tun konnte.

Wenn wir sagten, bei seiner Ankunft in Deutschland habe man Kennedys Friedensrede noch frisch in Erinnerung gehabt, so soll das auch heißen, daß so mancher bei uns entschlossen war (und es bleiben wird), des Präsidenten Handlungen fortan an eben dieser Rede zu messen, — stellt diese doch das auf westlicher Seite bisher markanteste Bekenntnis zur Notwendigkeit der Entspannung, zur Koexistenz und für die Beendigung des Kalten Krieges dar. Sie ist eine Variation auf das Thema „Im Zeitalter des nuklearen Gleichgewichts gibt es keine Alternative zur Koexistenz“ (Walter Lippmann), das in aller Welt immer häufiger und mit zunehmender Eindringlichkeit gestellt wird. Hingegen, die Stunde ist soweit fortgeschritten, daß man von jedem, der so etwas erklärt, das erwarten muß, was Kennedy in der Frankfurter Paulskirche selber gefordert hat: „Aber lassen wir den Worten Taten folgen . . .“

Hat der Präsident der USA seinen ebenso ernsten wie vernünftigen Worten „Taten folgen lassen“? Hat er seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, diesem gärenden, von gefährlichen Illusionen gebeutelten Land, dazu benutzt, Öl auf die Wogen zu gießen, die erhitzten Köpfe abzukühlen und auf die Entwicklung kraft seines Amtes und seiner Macht mäßigend einzuwirken? Eine schlüssige Antwort kann darauf noch nicht gegeben werden, da Inhalt und Verlauf seiner politischen Gespräche mit Adenauer und Erhard nicht bekannt sind. Wir müssen uns an das halten, was an die Öffentlichkeit drang, also in erster Reihe

an seine weiteren Reden. Wer vielleicht gehofft hatte, Kennedy würde die beziehungsreiche, imposante Chance einer Festveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche zur Verkündung eines gewissen „neuen Kurses“ benutzen (just auf deutschem Boden, denn von der Entwicklung in Deutschland hängt der Ausbruch eines Weltkrieges in hohem Maße ab), der fühlte sich enttäuscht; das konnte wohl auch gar nicht anders sein — ist es doch politisch klüger und auch praktikabler, das Einschlagen neuer Wege nicht einfach zu proklamieren (und von Stund an geht es dann andersherum), sondern im stillen und Schritt für Schritt zu vollziehen. Zu hoffen, daß es so kommen kann, berechtigen uns immerhin einige Anzeichen. Das ganze deutsche Volk kann Kennedy nur dankbar sein dafür, daß er den Kalten Krieg wenigstens nicht noch mehr angeheizt hat; seine Worte waren maßvoll und auf Korrespondenz mit der anderen Seite angelegt, seine Gedanken über eine „Strategie des Friedens“ wirkten echt, und vor der Mauer sagte er, zur Enttäuschung mancher Kreuzritter, lieber gar nichts. Vor dem Schöneberger Rathaus allerdings schien auch dieser kühle Kopf die Beherrschung zu verlieren; im Text zwar auch hier noch meist darauf gerichtet, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, fiel diese Ansprache dennoch aus dem Rahmen; durch das Pathos ihres Vortrages und den rein emotionalen Ton. Westberlin scheint eben zur Zeit kein Platz für kühle Köpfe zu sein (obwohl sie dort am notwendigsten sind): es stößt sie entweder ab oder verwirrt sie. So blieb, zusammenfassend, in bezug auf das Verhältnis zum Osten ein wenn auch nicht beunruhigender, so doch uneinheitlicher Eindruck zurück. Einerseits betonte der mächtigste Mann der westlichen Welt, die USA hätten die Teilung Deutschlands nie anerkannt und würden das auch in Zukunft nicht tun, andererseits aber rief er den Professoren und Studenten der Berliner Freien Universität zu:

„Was erfordert die Wahrheit? Sie verlangt von uns, daß wir den Tatsachen ins Auge sehen, daß wir uns von Selbsttäuschung freimachen, daß wir uns weigern, in bloßen Schlagworten zu denken. Wenn wir für die Zukunft dieser Stadt arbeiten wollen, dann lassen Sie uns mit den Gegebenheiten fertig werden, so, wie sie wirklich sind, nicht so, wie sie hätten sein können, und nicht, wie wir uns wünschen, daß sie gewesen wären.“

Niemand vermag nach diesem „Arbeitsbesuch“ zu sagen, ob der Präsident der USA die Bundesregierung gedrängt hat, die „Gegebenheiten“ (also die Tatsache zweier deutscher Staaten), in welcher Form auch immer, endlich anzuerkennen, oder nicht. Weitaus geschlossener ist der westliche Teil des Bildes, der Eindruck nach Westen hin, und hier schimmert auch der eigentliche Zweck des Besuches durch. Es war eine Reise des obersten Herren eines mächtigen Bündnisses zu einem seiner (kleineren) Verbündeten, dem es Verschiedenes klarzumachen galt. Es war weder eine Huldigungsreise für die Deutschen oder für den scheidenden greisen Kanzler, noch sonst irgendein reines Honigleckchen, jedenfalls nicht für Kennedys deutsche Gesprächspartner. Darauf lassen mit Sicherheit weite Teile der Rede in der Paulskirche schließen. Kennedy war gekommen, um zur großen atlantischen Vergatterung zu blasen — zum Gegenteil von dem, wozu Frankreichs Präsident de Gaulle geblasen hat.

Die in so mancher Hinsicht verfehlte Politik Konrad Adenauers hat uns nun auch noch in die Zwickmühle zwischen de Gaulles „nationalstaatlich-europäischer“ und Kennedys „atlantischer“ Konzeption geführt. Zwar ist der deutsch-französische Vertrag allgemein genug formuliert, um Spielraum für Auslegungen und Abstriche freizulassen, in politischer wie in militärischer Hinsicht, aber man weiß, daß Konrad Adenauer sein Leben lang mehr zu einem Zusammengehen mit den Franzosen als mit den Angelsachsen geneigt hat, und man braucht nicht viel Phantasie, um vorauszusagen, daß de Gaulle bei seinem bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik alles versuchen wird, um so viel wie möglich von dem

Terrain zurückzugewinnen, das Kennedy in Bonn soeben erobert hat. So ist unser Land zur Zeit die Austragungsstätte eines Macht-Duells zwischen Amerika und Frankreich; an eine selbständige deutsche Politik ist weniger zu denken als je.

Es sieht fast so aus, als wäre Kennedy in die Bundesrepublik gekommen, um von deutschem Boden aus mit seiner nachdrücklichen Versicherung, das Zeitalter der Nationalstaaten sei vorbei, es gebe keine ausschließlich deutschen (also auch keine ausschließlich französischen) oder europäischen Probleme mehr, nur noch Weltprobleme, und (West-) Europa interessiere ihn nur als Ganzes, den Franzosen klarzumachen, daß er nicht daran denke, seine Deutschen aus ihrer Haftpflicht Amerika gegenüber zu entlassen. Damit wertete er die Bundesrepublik zum wertvollsten Verbündeten der USA in Europa auf — was ihn nicht hinderte, zu gleicher Zeit West-Berlin sozusagen zu einer amerikanischen Stadt zu ernennen (was dort einen Jubel auslöste, über den die Berliner später vielleicht noch viel werden nachdenken müssen).

Die antiamerikanische Konspiration zwischen de Gaulle und Adenauer *) (in die Kennedy jetzt hineingefahren ist) basiert letzten Endes auf der Kalkulation, die USA würden im Falle eines großen Krieges die Selbstvernichtung nicht riskieren, sondern Europa im letzten Moment doch noch „im Stich lassen“; also brauche „Europa“ (sprich Frankreich und die Bundesrepublik) eigene Atomwaffen. Dem ist Kennedy nun energisch entgegengetreten:

„Amerika setzt seine Städte aufs Spiel, um Ihre Städte zu verteidigen, weil wir Ihrer Freiheit bedürfen, um unsere Freiheit schützen zu können.“

Diese und andere ähnlich lautende Versicherungen, alle im Brustton der Überzeugung vorgetragen, bedeuten nichts anderes, als daß die USA im Falle des Falles bereit wären, sich um Deutschlands willen vernichten zu lassen, — starke Töne, an die nach wie vor nicht jedermann glauben wird. Jedenfalls möchten wir den USA nicht wünschen, jemals in diese Lage zu kommen, und deshalb müssen wir des Präsidenten oben zitiertes Wort dahingehend ergänzen, daß die USA schließlich und endlich doch vielleicht der deutschen Freiheit weniger bedürfen als des deutschen *Friedens*. Das schließt Freiheit nicht aus, aber es kommt auf die Rangfolge an, und diese ist Kennedy gewiß bekannt, sonst hätte er wohl schwerlich auf die Einrichtung eines direkten Drahtes zu Chruschtschow gedrungen.

Gleichviel — die Versicherung steht im Raum: Wir werden euch verteidigen, auf jeden Fall und um jeden Preis. Dafür aber müßt ihr Opfer bringen. Ihr sollt euch zwar endlich auch einmal etwas einfallen lassen, was zur Entspannung beiträgt und sich als aktiver Beitrag in unsere „Strategie des Friedens“ einfügen läßt, aber im übrigen und davon abgesehen müßt ihr euch dessen noch mehr als bisher bewußt werden, daß die USA als oberste atlantische Führungsmacht (die in gewissen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt) sowohl das Recht wie auch die Macht besitzt, verschiedene Ansprüche an euch zu stellen.

Kennedy war auch gekommen, um diese Ansprüche zu bekräftigen. Sagen wir es so einfach wie möglich (auf die Gefahr hin, daß damit nicht alles abgedeckt ist): Zuerst hat Amerika uns geholfen, jetzt sollen wir Amerika helfen. Wenn der Präsident den folgenden Katalog der Zusammenarbeit „unserer Nationen“ aufstellt:

„... um die NATO zu festigen, um den Handel auszuweiten, um den Entwicklungsländern beizustehen, um eine gemeinsame finanzielle Linie zu finden und um die Atlantische Gemeinschaft aufzubauen“,

so ist das nicht nur eine Aufzählung gemeinsam anzustrebender Ziele, sondern auch eine Liste spezifisch amerikanischer Wünsche, die Kennedy ohne die Mithilfe

*) Vgl. auch den Bericht „Fragwürdige Freundschaft“ in diesem Heft.

seiner Verbündeten nicht verwirklichen kann. Die amerikanische Zahlungsbilanz ist schlecht, die Zahl der Arbeitslosen geht nicht zurück, die Kaufkraft des Dollars sinkt —: das sind drei der empfindlichsten innenpolitischen Schmerzen, die den Präsidenten plagen, und er will nicht nur als guter, fortschrittlich eingestellter Landesvater mit ihnen fertig werden, sondern auch, um die Chancen seiner Wiederwahl im nächsten Jahr zu erhöhen. Eine in Amerika einkaufende westdeutsche Bundeswehr zu Beispiel, die, konventionell ausgerüstet, allein stärker wäre als die Nationale Volksarmee der DDR, die polnische und tschechische Armee zusammen, würde nicht nur die Atomschwelle noch mehr anheben, sondern für eine Belebung der amerikanischen Rüstungsindustrie und damit für einen Rückgang der Arbeitslosigkeit sorgen. Auf anderen Gebieten hätte es einen ähnlichen Effekt, wenn die Bundesregierung amerikanische Konsumgüter und konservierte Lebensmittel in großem Umfang und zu Vorzugszöllen auf den deutschen Markt hereinließe. Diese zwei Beispiele deuten an, in welcher Richtung sich Kennedys Vorstellungen von einer intimen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit bewegen. Für die Bundesregierung sind das, etwa der deutschen Landwirtschaft gegenüber, wenig süße Verlockungen. Aber dahin kommt es schließlich absolut folgerichtig, wenn man unbelehrbar eine Politik verfolgt, an deren Spitze einsam das Rüstungsprogramm steht; dafür muß man am Ende mehr bezahlen, als man hat, und der Nutzen wird zum Schaden nie in einem vernünftigen Verhältnis stehen.

Und schließlich war Kennedy gekommen, um für eines seiner Lieblingsprojekte zu werben, für die multilaterale Atomstreitmacht (der man nur mit Bedenken entgegenblicken kann — denn was, wenn Moskau darauf mit einer „multilateralen“ Atomstreitmacht des Warschauer Paktes antwortet? Dann steigen nicht die Chancen des Friedens, sondern die des Krieges). Schlicht gesagt, würden die Vereinigten Staaten bei Verwirklichung dieses Planes den atomaren Ehrgeiz gewisser Verbündeter befriedigt, ohne ihnen zugleich soviel Freiheit gelassen zu haben, daß es den einen oder anderen gelüsten könnte, von sich aus und auf eigene Rechnung Gebrauch von den Nuklearwaffen zu machen. Die Fäden liefen nach wie vor im Weißen Haus zusammen. Folgt man Kennedys Programm von der „Strategie des Friedens“, so würde das bedeuten, daß es nur und erst dann Krieg geben kann, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten das für nötig oder unumgänglich hält; kein anderer Teilhaber an der multilateralen Atomstreitmacht könnte seine Strategie (die, wie er versichert, auf Frieden gerichtet ist) durchkreuzen und ihn in ein von ihm nicht gewolltes Abenteuer hineinreißen. Aber: wird aus diesem Plan etwas werden? Werden Italien und Großbritannien mitmachen? Schon sickert durch, Großbritannien wolle nicht mitmachen. Und die Bundesregierung? Wird dieses Angebot ihr Streben nach der Bombe befriedigen? Nicht von ungefähr hat Verteidigungsminister von Hassel betont, die Deutschen verlangten die Mitbestimmung bis zum Roten Telefon . . . Dieser Mann und seinesgleichen (also die „harte Gruppe“ in Bonn) würden die Bombe vielleicht lieber aus den Händen des mächtigen Amerika annehmen (das sie außerdem schon hat und sofort geben könnte) als aus den Händen des nur mächtig sein wollenden Frankreich (das sie so gut wie noch gar nicht hat und wer weiß wann erst liefern kann), aber sie müßte dann schon die gleiche Eigenschaft haben, mit der de Gaulle lockt: sie müßte auch nach deutscher Bestimmung losgehen können. Kennedy weiß das, und er weiß auch, wie gefährlich das wäre. Um so mehr fällt auf, daß er in keiner seiner deutschen Ansprachen ein Wort der Distanzierung von der „harten Gruppe“ fand (die seiner „Strategie des Friedens“ ganz gewiß bis zuletzt im Wege stehen wird), es sei denn, man orakelt etwa dieses Wort in eine solche Distanzierung um:

„Wie ich schon gesagt habe und hier erneut betonen möchte, arbeiten wir auf den Tag hin, da es einen wirklichen Frieden zwischen uns und den Kommunisten geben

DIE LAGE

kann, und wir werden uns in diesem Bemühen von niemandem übertreffen lassen . . .“

Doch gehört es nun einmal zu dieser schwer durchschaubaren Persönlichkeit, daß man ungefähr jedem ihrer Worte hinzufügen kann: ‚Er hat aber auch gesagt . . .‘ Er versichert feierlich, er werde sich von niemandem übertreffen lassen im Bemühen, mit den Kommunisten zu einem wirklichen Frieden zu kommen, er läßt sich aber auch hinreißen, in Berlin, ausgerechnet dort, antikommunistische Invektiven zu formulieren, die eigentlich Männern vom Schlage eines Barzel besser zu Gesicht stünden als ihm — und mit denen man doch eigentlich als erstes Schluß machen sollte, wenn man nach Frieden strebt. Hart bleiben kann man nämlich auch so. Wer weiß, ob Chruschtschow nach Berlin geeilt wäre, hätte Kennedy am gleichen Ort ein paar andere Worte gefunden. So aber — Schmähung provoziert Schmähung, und das führt, wenn überhaupt irgendwohin, nur ins Unglück.

So bleibt von John F. Kennedys Deutschland-Besuch ein schillernder Eindruck zurück. Er hat dies gesagt und hat jenes gesagt. Trotzdem: die Friedenskräfte in der Welt setzen große Hoffnungen in diesen zum Staatsmann gewordenen Intellektuellen, der besser als seine Vorgänger im Amt weiß, daß es zu Frieden und Koexistenz „keine Alternative“ mehr gibt. Aber sie können noch nicht sicher sein, ob er Kraft und Konsequenz genug haben wird, seine subjektiv ehrlich gemeinte „Strategie des Friedens“ gegen alle Widerstände im eigenen Lager durchzudrücken. Jedenfalls kann es nicht schaden, sich, unbeschadet aller Sympathie, mit Marguerite Higgins an folgende Tatsache zu erinnern (die übrigens nicht nur auf Kennedy zutrifft):

„Es wäre tragisch, würden die Erwartungen im Brackwasser des Kennedy-Besuches zu hoch geschraubt. Deshalb erscheint es klug, das, was gesagt wurde, auch im Lichte der bisherigen Erfahrungen zu sehen. Und die Erfahrungen zeigen, daß manches, was Kennedy als rhetorische Geste ausgesprochen hat, später im Alltag revidiert werden mußte.“

II.

Das bedeutet: sowohl die einen wie die anderen Worte, die Kennedy gesprochen hat, könnten „später im Alltag revidiert werden“, die auf Frieden gestimmten wie die auf Kampf gestimmten. Also wieder: ein Schillern bleibt zurück. Noch ist alles ungewiß. Kennedy hat, wie die „New York Times“ das formuliert „mit zwei Zungen gesprochen“.

Allein schon dies läßt es uns Deutschen geraten erscheinen, kühlen Kopf zu behalten oder, besser noch, uns einen solchen endlich anzueignen. Denn geändert hat sich für uns Deutsche nichts. Nach wie vor ist unser Land einer der heißesten Krisenherde der Welt — und wir wollen nicht begreifen, daß nur wir selbst, und nicht etwa Kennedy, das ändern können. Nach wie vor huldigen wir dem Götzen Illusion, statt nun endlich des unwürdigen Zuwartens seit achtzehn Jahren müde zu werden und, wie Kennedy sagte, aktiv „mit den Gegebenheiten fertig zu werden“. Zwar errichtet nun die Bundesregierung eine Handelsmission in Warschau (zum Groll der Vertriebenenverbände), und in anderen östlichen Ländern soll gleiches folgen. Das ist begrüßenswert, und wir begrüßen es. Aber es ist nicht das Zentrale, und eigentlich müßten wir in unserem Verhältnis zu diesen Ländern schon viel weiter sein. Schließlich haben nicht wir Grund, Ressentiments zu empfinden, sondern sie. Nicht sie haben uns überfallen, sondern wir sie. Es ist widersinnig und makaber, daß die Schritte der Wiedernäherung unsererseits viel zögernder erfolgen, als unsere Aufrüstung voranschreitet; genau umgekehrt müßte es sein. Vor allem aber: Das Zentrale war,

ist und bleibt für uns unser Verhältnis zu jenem kraft eines Geschichtsschlusses nun einmal entstandenen zweiten deutschen Staat. Wir tun zwar alles nur Denkbare (und manchmal auch schon Undenkbares), um uns an dieser bitteren Wahrheit vorbeizudrücken, aber es scheitert immer wieder, täglich von neuem; das müßten wir allein schon daran inzwischen gemerkt haben, daß wir uns über die Existenz dieses Staates ununterbrochen so aufregen. Und alle unsere Akklamationen für die Parolen der Zeit („Frieden“, „friedliche Koexistenz“, „Strategie des Friedens“) bleiben so lange wert- und nutzlose Lippenbekenntnisse (die uns niemand in der Welt glaubt), als wir nicht eine Regierung bekommen, die dem Volke klar macht (und danach handelt):

Frieden heißt für uns in der Bundesrepublik vor allem: Frieden mit der DDR. Koexistenz heißt für uns vor allem: Koexistenz mit der DDR. Und es gibt für uns keinen Weg zur Strategie des Friedens als den über die DDR.

Wir können die Entstehung zweier deutscher Staaten nur beklagen (die Welt beklagt sie nicht einmal sehr); sie ist eine nationale Tragödie. Aber diese hat ihre ganz konkreten, zwingenden geschichtlichen Gründe, und die Deutschen müssen nach allem, was ein Hitler in ihrem Namen und mit ihrem Votum der Menschheit angetan hat, froh und dem Herrgott ewig dankbar sein, daß sie so glimpflich davongekommen sind. Hätten die Deutschen den Zweiten Weltkrieg gewonnen, gäbe es heute nicht zwei polnische Staaten, sondern überhaupt keine mehr (und wer in Deutschland würde das dann heute öffentlich oder auch nur im stillen Kämmerlein beklagen?). Übrigens: John F. Kennedy weiß das genau, und es ist vermutlich kein Zufall, daß er sich auf deutschem Boden mit jener seiner Schwägerinnen getroffen hat, die eine polnische Fürstin Radziwill ist . . .

Trotzdem haben wir zwar das gute Recht und sogar die Pflicht, die deutsche Teilung zu beklagen —, aus der Welt schaffen können wir sie nicht. Allein ohnehin nicht — und wen wollen wir eigentlich erwärmen, es für uns zu tun? Deutschland wurde nicht von einer metaphysischen Macht geteilt (Geschichte zählt nicht zur Metaphysik), sondern von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gemeinsam, — warum sollten die nun ihren Schritt rückgängig machen, nachdem die zwei deutschen Staaten jeweils in den Machtblöcken, in die sie sich inzwischen integriert haben, so wichtige Faktoren geworden sind? Die mit unserer Regierung verbündeten oder gar befreundeten Regierung tun ihr zwar immer noch den Gefallen, dem von ihnen mitgeschaffenen zweiten deutschen Staat die Anerkennung zu versagen, aber für das deutsche Volk ist das kein Gefallen, sondern ein Schaden, denn sie nähren damit nur die deutschen Illusionen (die sie uns dann von Zeit zu Zeit vorwerfen). Und daß es Illusionen sind, hat jetzt sogar ein Mann wie Eugen Gerstenmaier zugeben müssen (der zwar auch in der Vergangenheit schon als einer der Wenigen in Bonn Erleuchtungen hatte, aber sich dadurch besonders bloßgestellt hat, daß er, ein Wissender, niemals Konsequenzen daraus zog): aus dem Lande John F. Kennedys zurückgekehrt, warnte er die Deutschen auf Grund „zahlreicher Gespräche mit Politikern verschiedener Nationen in New York“ vor einer „Politik der Illusionen“:

„An eine Wiederherstellung des ehemaligen Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 sei überhaupt nicht zu denken, sagte der Bundestagspräsident. Jede Diskussion werde abrupt abgebrochen, sobald diese Frage auch nur angeschnitten werde. Es sei sogar schwierig, für die Wiedervereinigung zu werben. Bei den zahlreichen neuen Mitgliedsnationen der UNO rufe die deutsche Frage oft nur ein Achselzucken hervor . . . Noch immer sei bei zahlreichen Politikern nicht nur der neutralen, sondern auch der befreundeten Nationen als Konsequenz der jüngsten deutschen Geschichte eine kritische Distanz gegenüber Deutschland festzustellen. Er müsse daher vor Illusionen der deutschen Wiedervereinigung warnen.“ (Die Welt, 21. 6. 63)

Das ist die Realität. (Wird D. Gerstenmaier nun endlich praktische Konsequenzen daraus ziehen?) Das ist auch für Präsident Kennedy die Realität. Niemand weiß bis jetzt, wie er die „friedliche Koexistenz“ auffaßt. Natürlich steht für ihn die Anerkennung zweier deutschen Staaten nicht, wie für uns, an erster Stelle, er hat auch noch andere, größere Sorgen; aber auch er muß sich klar sein darüber, daß eine Befriedung nicht möglich ist, solange die Deutschen sich mit den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges nicht abgefunden haben. „Wir lassen über vieles mit uns reden, wenn . . .“ (Bundesminister Barzel): dieses Wort macht neuerdings die Runde, und es will besagen: Wir sind zu vielem bereit, wenn nur die Sowjets vorher die Zone freigeben! Aber gerade das wollen und können die Sowjets nicht. Um das geht es doch gerade. Koexistenz, wenn erst einmal alle Differenzen ausgeräumt sind, ist keine Kunst mehr. Wenn Walter Ulbricht manches von dem, was er tut, nicht täte, wäre er ja nicht mehr unser Gegner, dann wäre die Frage eines Arrangements mit ihm gegenstandslos geworden; so aber ist sie das nicht, im Gegenteil, sie wird immer akuter. Das kann sich dem Wissen Kennedys unmöglich entziehen.

Von keinem unter uns wird verlangt, das Regime in der DDR gutzuheißen. (Wie sagte doch Kennedy in seiner Friedens-Rede: „Der Weltfriede, wie auch der Friede in Stadt und Land, erfordert nicht, daß jeder seinen Nachbarn liebt.“) Aber wir müssen, ob wir wollen oder nicht, diesem Regime schon zugestehen, was es im Inneren zu seiner Selbstbehauptung und Selbstverteidigung zu tun für notwendig hält: denn es steht ja ständig unter einem ihm von uns aufgezwungenen Zugzwang. Und manche harte Maßnahme wäre ohne die ständige Bedrängnis von Westen her wahrscheinlich ausgeblieben. Liberalisierung ist immer und überall nur möglich, wenn von außen kein Druck auf der Gesellschaft lastet. Vieles, was in der DDR heute geschieht, ist nicht nach meinem Geschmack. Das Brandenburger Tor mit roten Tüchern zu verhängen, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten kommt, finde ich grotesk. Eine Anzahl der besten Schriftsteller des Landes auf den sozialistischen Realismus festzunageln zu einer Zeit, da erwiesen ist, daß auch andere Stilmanieren dem Sozialismus voranhelfen können, ist antiquiert und vernagelt, — und so weiter. Aber das alles könnte für uns erst dann wirklich ein Grund zur Empörung sein, wenn wir doch schon wenigstens einmal versucht hätten, es zu ändern, und das haben wir nicht getan, wir haben nicht einmal daran gedacht, denn ändern kann man da nur etwas mit offiziellen Kontakten und mit In-Ruhe-lassen.

Konrad Adenauer hat einmal gesagt, das Problem DDR sei für uns vor allem ein menschliches Problem. Das ist völlig richtig. Aber was haben wir Heuchler bisher wirklich und ernsthaft getan, um das Leben unserer 17 Millionen „Brüder und Schwestern“ drüben tatsächlich zu erleichtern? Nichts. Wir haben immer nur versucht, einen Keil zwischen Volk und Regierung zu treiben. Welche Regierung kann sich das gefallen lassen? Almosen („Dein Päckchen nach drüben“) verschlimmern die Lage nur noch mehr. Sie treiben die Regierung um so mehr in die Resistenz, je dankbarer die Ankunft solcher Päckchen vom Volk begrüßt wird. Dabei gäbe es doch ein viel einfacheres und dabei überzeugend faires Mittel, den Menschen drüben wirtschaftlich spürbar unter die Arme zu greifen (denn vergessen wir nicht: ein erheblicher Teil ihrer materiellen Not geht einfach darauf zurück, daß das Land bedeutend ärmer ist als die Bundesrepublik mit ihrem dicken Rohstoff-Polster): den Handel mit der DDR auszuweiten und ihr den vielbesprochenen Milliardenkredit endlich zu gewähren. Das würde uns und den Menschen drüben sehr wohl tun, und es gäbe Ulbricht die Möglichkeit, die Zügel zu lockern (wie er das ja auch früher schon manchmal getan hat). Schließlich dürfen

DIE LAGE

wir von ihm annehmen, daß es nicht sein Ehrgeiz ist, als Despot in die Geschichte einzugehen. Wir fordern von ihm Humanisierung — und tun zugleich alles, um sie ihm unmöglich zu machen. Das Dogma: Mit Ulbricht verhandeln wir nicht, schadet den Menschen drüben nur. Kraß, aber ehrlich gesagt:

„Bisher haben wir es ohne die SED versucht, jetzt müssen wir es mit der SED versuchen“ (Peter Bender im Westdeutschen Rundfunk im Rahmen der Sendereihe „Unteilbares Deutschland“).

Unserer Empörung kommt auch eine weitere Legitimation immer mehr abhanden: die moralische. Über ein kommunistisches Land herzufallen, ist nur ein astrein antifaschistisches Land berechtigt; und sind wir ein solches? Noch immer ist Herr Globke im Amt; noch immer tragen Richter und Staatsanwälte die Robe, die Blut an den Händen haben; noch immer dürfen Lehrer unterrichten, die den Geist des Nationalsozialismus nicht überwunden haben; es häufen sich die demonstrativen Zusammenkünfte irgendwelcher „Traditions“-Gruppen, von denen nicht eine einzige bis jetzt glaubhaft Zeugnis vom demokratischen Gedanken abgelegt hat, sondern die vielmehr allesamt stark nach jenem deutschen Nationalismus riechen, der einst zwangsläufig zu Hitler führen mußte; die Parolen der Heimatvertriebenen-Verbände werden nicht maßvoller, sondern von Jahr zu Jahr penetranter („dummes Zeug“ nannte einer dieser Sprecher soeben die vorhin zitierte Warnung Gerstenmaiers), und die Bundesregierung, statt sich von den Treffen dieser Organisationen wenigstens zu distanzieren, entsendet dazu in zunehmendem Maße ihre Vertreter und gibt ihnen so ihren Segen; die zur harmlos klingenden „Hiag“ gemauserten SS-Verbände, einst der Schrecken Europas, planen für September in Hameln ein großes „Europa-Treffen“ (gegen das demokratische Kräfte des In- und Auslandes inzwischen eine Verhinderungskampagne eingeleitet haben, an der unsere Regierung allerdings nicht beteiligt ist . . .), — und anderes mehr. Aus vielen, manchmal großen, manchmal geringen Einzelheiten setzt sich so das Bild eines Staates zusammen, der an andere Forderungen stellt, die er zunächst einmal an sich selbst stellen müßte (und wenn aus keinen anderen Gründen, dann aus christlichen). Und ist es nicht beinahe kennzeichnend für die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer (die für uns erst zu Ende ist, wenn in Bonn eine andere Politik gemacht, nicht wenn Adenauer persönlich abgelöst wird), daß zur gleichen Zeit, da der Präsident der Vereinigten Staaten auf deutschem Boden (in seiner Paulskirchen-Rede) das Hohe Lied der Demokratie und Freiheit singt, in Bonn an Notstandsgesetzen gearbeitet wird?

So lange das alles so bleibt, nimmt uns die Welt auch unser Verlangen nach „Selbstbestimmung“ nicht ab. Man darf Kennedys Unterstützung dieser Forderung seelenruhig als rhetorische Floskel abtun. Wer sollte denn auch vergessen haben, was die Deutschen zur Zeit ihres Tausendjährigen Reiches unter „Selbstbestimmung“ verstanden? Und daß sie, hätten sie gesiegt, auch heute noch dasselbe darunter verstehen würden? „Selbstbestimmung für die Deutschen“, das bedeutete vor noch nicht einem Vierteljahrhundert: Tod und Versklavung der anderen, Trümmer für Europa. Das bedeutete Krieg. So einfach dürfen wir es uns nicht machen. Ein Grundzug von Anständigkeit muß unbedingt gewahrt bleiben. Denn zu welchem Zwecke schreien wir heute nach „Selbstbestimmung“? Doch nur, um Hitlers verlorenen Krieg doch noch zu gewinnen. Der aber muß verloren bleiben, zum Heil aller künftigen Generationen und zur Erlösung der Deutschen von ihren Dämonen. Es ist, um es offen zu sagen, sehr wohl ein Unterschied, ob ein afrikanisches Kolonialvolk nach Selbstbestimmung verlangt oder ein kampffreudiges europäisches, das zweimal aktiv im Mittelpunkt von Weltkriegen gestanden hat, ohne angegriffen worden zu sein. Präsident Kennedy weiß das sehr wohl.

Wie sehr die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR nach einer

DIE LAGE

vernünftigen, die beiderseitigen Gegebenheiten respektierenden Regelung verlangen, zeigt in diesen Tagen der Fall des in Solingen verhafteten Deutschlandsender-Redakteurs Dr. Grasnick. Der Staatsanwalt, der da so forsch zugriff, hatte alles das nicht bedacht, was die Öffentlichkeit (vor allem Journalisten, aber auch Politiker) sehr schnell zu bedenken begannen: ein verhafteter DDR-Journalist heute in Solingen kann morgen einen verhafteten Bundesrepublik-Journalisten in (Ost-)Berlin bedeuten . . . Und man setzte sich allerorten, teils auch in Bonn, eiligst für die Entlassung Grasnicks ein, die dann auch bald erfolgte. Wir wollen über diesen nach hinten losgegangenen Schuß nicht höhnen; dazu ist die Sache in ihren Zusammenhängen zu ernst. Sie erhärtet eine Wahrheit: Die beiden deutschen Staaten, einander spinnefeind, sind wie zwei kommunizierende Röhren. Davon kann sie niemand befreien. Sie mögen einander schmähen, soviel sie wollen: unterirdisch und kontrapunktisch hängen sie zusammen. Was sie einander antun, bleibt Bruderkrieg und nationale Selbstzerfleischung. Eine Konföderation zwischen ihnen ist der einzige Weg, der in die Zukunft und zur Wiedervereinigung führen kann.

Weiß Präsident Kenneday auch das? Wir jedenfalls sollten es besser wissen. Es ist unsere Sache, nicht die seine. Doch hat uns dieser kluge Mann viel zu denken und zu bedenken aufgegeben, so dieses Wort, das wir fortan als Motto über die Bundesrepublik mit ihren vielen Forderungen hängen sollten:

„Der Wert und der Geist unserer eigenen Gesellschaft müssen unsere Anstrengungen im Ausland rechtfertigen . . .“

(Abgeschlossen am 30. Juni)

James P. Warburg, New York

Abschied von der Nachkriegsepode (I)

Der seit 1945 wiederholt mit vielbeachteten Vorschlägen für eine konstruktive amerikanische Deutschland-Politik hervorgetretene Bankier und Publizist James P. Warburg hat den „Blättern“ den Text eines neuen, am 16. Mai 1963 von ihm veröffentlichten Memorandums zur Verfügung gestellt, das den Titel „Farewell to the postwar period“ trägt. Ihm sind die folgenden Abschnitte entnommen, die uns gerade nach dem Deutschland-Besuch Präsident Kennedys beachtenswert erscheinen. D. Red.

Die Achse Bonn—Paris

Während die meisten Europäer Präsident Eisenhowers verspätete, aber ernsthafte Versuche, zu einer Verständigung mit der sowjetischen Führung zu gelangen, begrüßten und auf ein Gelingen hofften, gab es zwei europäische Staatsmänner, denen der Gedanke einer Entspannung zwischen Ost und West zutiefst mißfiel.

Bundeskanzler Adenauer lag vor allem daran, sich allen Verhandlungen mit Moskau zu widersetzen, die im Erfolgsfall unweigerlich seinen eigenen Mythos zerstören würden — den Mythos, daß Deutschland wiedervereinigt werden und trotzdem Partner des NATO-Bündnisses bleiben könnte.

Charles de Gaulle, seit Mai 1958 wieder an der Macht, sah die anglo-amerikanischen Bemühungen mit Mißbehagen, einmal weil seine Anregung, die westliche Allianz einem englisch-französisch-amerikanischen Direktorium zu unterstellen, in Washington und London auf Ablehnung gestoßen war, und vielleicht noch